

Wilhelm, Jan Lorenz

Book Part

Sinnaufladungen der EU-Innovationspolitik und raumbezogene Konsequenz

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Wilhelm, Jan Lorenz (2009) : Sinnaufladungen der EU-Innovationspolitik und raumbezogene Konsequenz, In: Dannenberg, Peter Köhler, Hadia Lang, Thilo Utz, Judith Zakirova, Betka Zimmermann, Thomas (Ed.): Innovationen im Raum - Raum für Innovationen: 11. Junges Forum der ARL, 21. bis 23. Mai 2008 in Berlin, ISBN 978-3-88838-348-9, Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 82-90

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/59429>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jan Lorenz Wilhelm

Sinnaufladungen der EU-Innovationspolitik und raumbezogene Konsequenz

Gliederung

- 1 Einführung
- 2 Der Kontext von Innovationsförderung
 - 2.1 Die Herausforderung: Komplexität und Unsicherheit
 - 2.2 Der Weg: Programme und Unsicherheitsabsorption
- 3 Die Form der EU-Innovationspolitik
 - 3.1 Die Sinnaufladungen: USA, Japan, Lissabon und Patente
 - 3.2 Greifbare Innovationsförderung und raumbezogene Konsequenz
- 4 Resümierendes

Literatur

1 Einführung

Der Begriff Innovation und das Feld der Innovationsförderung sind in aller Munde und dienen dazu, vielfältigen Problemlagen hoffnungsvoll entgegengestellt zu werden. So wird beispielsweise die Förderung von Innovation als zwingende Herausforderung im Globalisierungskontext dargestellt (vgl. u. a. Kiese 2006; Stracke 2006; Ziegler 1999). Eine Fülle von Fördermöglichkeiten wird angedeutet. Neben der Bereitstellung verschiedenartiger Infrastruktur, der Optimierung von Technologie- und Wissenstransfers, der Verbesserung von Bildung und Qualifizierung wird dabei u. a. auch die Unterstützung von alternativen Ökonomien, „Raumpionieren“ und kreativen Milieus diskutiert. Die Art und Konsequenz der damit verbundenen sehr unterschiedlichen Sinnaufladungen¹ hängen jeweils auch davon ab, ob eine einzelne Organisation – wie z. B. ein mittelständisches Unternehmen – oder vielmehr eine Region, wie beispielsweise die Stadt Berlin oder Deutschland oder die Europäische Union – im Fokus steht.

Es geht bei Innovationen darum, etwas Neues zu tun. Bei der Betrachtung des inflationär gebrauchten und vielschichtigen Innovationsbegriffs bleibt es jedoch schwer einzugrenzen, worin das *Tun* genau besteht. Oftmals fehlt in den Abhandlungen über Möglichkeiten und Vorgehensweisen von Innovationsförderung eine systematische und transparente Offenlegung des zugrunde gelegten Innovationsverständnisses. Mit dem Begriff Innovation oder konkreter mit Innovationsförderung wird folglich ein weites Spektrum an Fördermöglichkeiten verknüpft, sodass Unschärfe und Nichtgreifbarkeit von Innovation die Folge sein können. Nichtgreifbarkeit lässt sich jedoch nicht fördern.

¹ ‚Sinnaufladung‘ meint in diesem Zusammenhang sämtliche mit einem Begriff – wie z. B. Innovation – in einem bestimmten Kontext verknüpften Bedeutungen, Inhalte, Geschichten. Eine ‚Worthülse‘ erfährt auf eine ganz bestimmte Weise eine Aufladung mit Sinn.

Dieser Beitrag möchte aus einer Metaperspektive der Frage nachgehen, wie es im Rahmen von Förderstrategien gelingt, diese Nichtgreifbarkeit bzw. Beliebigkeit einzuschränken, also nur ausgewählte Sinnzusammenhänge zuzulassen, und welche Konsequenzen sich daraus ableiten. Vor dem Hintergrund einer kontextuellen Einbettung von Förderung im Allgemeinen werden exemplarisch am Beispiel der Lissabon-Strategie die Sinnzusammenhänge der EU-Innovationsförderung herausgearbeitet. Anhand dieser – in den EU-Förderstrategien enthaltenen – Einschränkungen der Beliebigkeit des Innovationsbegriffs können dann Konsequenzen – auch in raumbezogener Hinsicht – abgeleitet werden. Zusammenfassend wird also ergründet, welche Zusammenhänge und Wirkungen im Rahmen von Förderprogrammen und deren Umsetzung kommuniziert und verstetigt werden können.

2 Der Kontext von Innovationsförderung

Wie wäre es, [...], wenn wir beginnen würden, womit wir praktisch immer schon begonnen haben, nämlich jeden Ausschluss von etwas zugleich als Einschluss des Ausgeschlossenen und jeden Einschluss als Ausschluss des Eingeschlossenen zu denken? Ist das nicht eine Denkfigur, die sich dabei bewähren könnte, die Arbeit eines Immunsystems, die Dynamik einer Ehe oder die Architektur einer Theorie besser zu verstehen, als wenn man von der Bauklötzchenwelt mit sich identischer und dann nur noch zu addierender und miteinander zu integrierender Elemente ausgeht? Sollte man nicht, um unsere Welt zu verstehen und zu beschreiben, eher von einer Logik der Kontamination und Infektion, von einer Logik des Parasitären und Vernetzten ausgehen, als von einer Logik einer sauberen linearen und kategorialen Ordnung? (Baecker 2005: 13).

Das Zitat von Dirk Baecker im Hinblick auf EU-Innovationsförderung aufgreifend, stellt sich die Frage nach der Logik des Verstehens gleich in zweifacher Hinsicht: Wie stellt sich einerseits die Logik des Fördergegenstandes – also des EU-Wirtschaftsraums, der Unternehmen, der Institutionen – dar und andererseits, welche Logik liegt der Förderung – also den EU-Innovationsstrategien – zugrunde?

2.1 Die Herausforderung: Komplexität und Unsicherheit

Erst das detailreiche Wissen über Innovation innerhalb einer Region ermöglicht die Verständigung über Ansatzpunkte und Ziele der Förderung. Gefragt werden kann z.B. nach Netzwerkbeziehungen, nach der Entwicklung der Wertschöpfungsprozesse, nach Zukunftsträchtigkeit von bestimmten Produkten und nach Rahmenbedingungen innovativer Prozesse. Kurzum: Im Rahmen von Förderstrategien wird eine Formel zur Beschreibung der Wirkungszusammenhänge gesucht und beschrieben. Nicht neu ist, dass dies unter schwierigen Rahmenbedingungen stattfindet. Koschatzky (2001: 40 f.) geht in diesem Zusammenhang darauf ein, dass Innovationsprozesse zunehmend komplexer und undurchschaubarer werden und sich darüber hinaus in einem unsicheren Umfeld vollziehen, da aufgrund von Wissensdefiziten die Kontextbedingungen nicht transparent erscheinen (vgl. auch den Beitrag Koschatzky in diesem Band).

Noch nicht ausreichend gewürdigt erscheint mir in diesem Zusammenhang die Perspektivabhängigkeit der Beobachtung von Innovation. Wer beobachtet eigentlich und vor welchen Hintergründen? Die Bildkomposition der Beobachtung von Innovationsprozessen innerhalb einer Region – also die Farben und Formen des Gesehenen – kann davon abhängen, ob sich der Betrachter innerhalb einer Förderinstitution oder außerhalb befindet, ob er ein Manager oder ein Mitarbeiter, ob er ein Politiker oder ein Planer ist. Die jeweiligen Bilder werden darüber hinaus von dem gewählten Beobachtungskontext – der Indifferenzsetzung – determiniert. Es macht einen Unterschied, ob eine Region

unter dem Leitthema Innovation oder unter dem Leitthema Esoterik oder Gesundheit oder Basisdemokratie betrachtet wird. In Abhängigkeit von der gewählten Differenz erscheint jeweils Unterschiedliches als relevant, als dominant, als irrelevant. Die Begründung der als sinnvoll erachteten Zusammenhänge wird auch dadurch beeinflusst, dass ein als besonders innovativ erachtetes Unternehmen beobachtet, dass es beobachtet wird und dementsprechend Vorkehrungen trifft – insbesondere dann, wenn Fördermittel in Aussicht gestellt werden. In Abhängigkeit von den Förderkriterien wird eine bestimmte Information in den Vordergrund gestellt, eine andere verheimlicht (in Anlehnung an Luhmann 2004: 181).

Vor diesem Hintergrund erscheint eine Region als außerordentlich vielschichtig und komplex, unterschiedlich ergründbar und unterschiedlich darstellbar. Ein einheitliches Bild, ein einheitliches Verständnis darüber, wie welche Variablen nach welcher Formel zusammenhängen, kann es nicht geben. In diesem Zusammenhang kann eine Region auch als „Black Box“, als „nichttriviale Maschine“ bezeichnet werden (Luhmann 2004: 97; Schmidt 1993). Grundsätzlich lässt sich aus dem Vorangegangenen für eine Förderinstitution eine große Unsicherheit hinsichtlich ‚richtiger‘ und ‚falscher‘ Entscheidungen ableiten. Was heute als opportun und sinnvoll erscheint, so zeigen Organisationsgedächtnisse z. B. in Form von Evaluationsberichten, muss morgen keine Gültigkeit mehr haben.

2.2 Der Weg: Programme und Unsicherheitsabsorption

Angesichts des – mitunter jahrzehntelangen – Fortbestandes vielfältiger und unzähliger Förderinstitutionen und der Neuauflage immer neuer Förderprogramme erscheint es nicht ertragreich, in einem Kapitel über den Kontext von Förderung nur auf Komplexität und Unsicherheit zu fokussieren. Die spannende Frage an dieser Stelle besteht vielmehr darin, zu ergründen, welche Mechanismen in Förderinstitutionen dafür sorgen, dass Entscheidungen – z. B. über Fördermaßnahmen – nicht chaotisch und willkürlich, sondern entlang bestimmter Bahnen verlaufen bzw. darstellbar werden. Was sorgt dafür, dass die unendliche Vielfalt an Entscheidungsmöglichkeiten (Entscheidungskontingenz) eingeschränkt und die Auftrittswahrscheinlichkeit bestimmter Entscheidungen erhöht wird?

Aus einer systemtheoretischen Perspektive werden Entscheidungen innerhalb von Förderinstitutionen nicht als psychischer Vorgang (als Wahlakt eines Individuums), sondern als Kommunikation betrachtet (Martens/Ortmann 2006: 435). Entscheidungen verlaufen entlang einer bestimmten organisationsspezifischen Entscheidungsstruktur. Aber was verbirgt sich hinter dieser Struktur? Strukturen werden sowohl durch Satzungen, Entscheidungskriterien, Rechtsvorschriften, Dienstpläne, Absprachen und Budgets als auch adhocratisch durch Entscheidungsgewohnheiten gebildet und basieren selbstverständlich wiederum auf Entscheidungen. Damit – und das ist bemerkenswert – definieren Entscheidungen die Spielräume zukünftiger Entscheidungen (Luhmann 1988: 171). Martens/Ortmann (2006: 440) heben hervor, dass es sich bei Strukturen nicht um etwas Statisches und Festes handele, es seien „keine Dinge wie Skelette oder die Stahlträger eines Gebäudes“. Vielmehr handele es sich um „wiederholte Kommunikationsbeziehungen und stabilisierte Erwartungen“ die auch immer wieder durch Unerwartetes überrascht und dann verändert werden.

Organisationen fixieren diese Strukturen anhand sogenannter Entscheidungsprämissen (Martens/Ortmann 2006: 441). „Entscheidungsprämissen dienen [...] als Oszillatoren. Sie legen die künftigen Entscheidungen noch nicht fest, sie können ja nicht jetzt schon in der Zukunft entscheiden. Aber sie fokussieren die Kommunikation auf die in

den Prämissen festgelegten Unterscheidungen, und das macht es wahrscheinlich, dass man künftige Entscheidungen mit Bezug auf die vorgegebenen Prämissen unter dem Gesichtspunkt der Beobachtung oder Nichtbeobachtung und der Konformität oder Abweichung beobachten wird, statt die volle Komplexität der Situation jeweils neu aufzurollen“ (Luhmann 2006: 224). „Im Ganzen [...] wird durch Setzung der Entscheidungsprämissen und ihre laufende Justierung ein Rahmen gesetzt, in dem eine Organisation ihre Welt konstruieren, Information verarbeiten und immer neu Unsicherheit in Sicherheit transformieren kann“ (Luhmann 2006: 238). Insgesamt können drei verschiedene Formen von Entscheidungsprämissen unterschieden werden (Martens/Ortmann 2006: 443 f.). Neben den *Kommunikationswegen*, die festlegen, wie die mit Entscheidungen verbundenen Informationen zirkulieren sollen, und den *Mitgliedschaftsregeln*, die festschreiben, wer als Mitglied des Systems gilt und welche rollenspezifische Bestimmung ihm zugewiesen wird, sind als dritte Form der Entscheidungsprämissen die *Entscheidungsprogramme* aufzuführen. Die Entscheidungsprogramme „bestimmen die Aufgaben und Funktionen, die in einer Organisation zu erledigen sind. Sie legen fest, worüber entschieden werden soll, welches die normgerechten und welches die abweichenden Entscheidungen sind“ (Martens/Ortmann 2006: 443).

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass eine Förderinstitution, die sich in die Lage versetzen möchte, geordnet und abgesichert über Förderung zu entscheiden, darauf angewiesen ist, komplexe kommunikative Zusammenhänge – z. B. über Innovation im Raum – zu vereinfachen. Dies erfolgt anhand von kommunikativen Regeln, kontextspezifischen Semantiken, Routinen, Erwartungs- und Verhaltensmustern. Unsicherheit hinsichtlich ‚richtiger‘ und ‚falscher‘ Innovationsförderung wird durch Entscheidungen über die Qualifikationsvoraussetzungen der Mitarbeiter, über die inhaltliche Orientierung an politischen Vorgaben, Förderrichtlinien, Expertisen und Evaluationen, sowie der Etablierung von horizontalen und vertikalen Entscheidungswegen eingeschränkt. Die Kreierung der eingangs zitierten Bauklötzchenwelt ist für Planer somit ein zentraler und wichtiger Mechanismus, um Entscheidungsvielfalt hinsichtlich des Fördergegenstandes als auch – nach Innen gerichtet – hinsichtlich der vielschichtigen internen Organisationsabläufe einzuschränken und damit Operativität zu sichern.

3 Die Form der EU-Innovationspolitik

Nachfolgend wird in den Fokus gestellt, wie sich seitens der Kommission der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der Lissabon-Strategie die Semantik raumbezogener Innovation und deren Förderung darstellt. Oder anders ausgedrückt gilt es zu ergründen, auf welche Art und Weise die EU-Kommission das komplexe Phänomen der Innovationsförderung reduziert und für Entscheidungsprogramme innerhalb von Förderinstitutionen – wie z. B. Ministerien und Landesbehörden – zur Verfügung stellt. Die Skizzierung der Sinnaufladungen basiert dabei auf mehreren Strategiepapieren der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (Kommission 2003, 2005, 2006a und 2006b).

3.1 Die Sinnaufladungen: USA, Japan, Lissabon und Patente

Die seit dem Jahr 2000 verfolgte und auf zehn Jahre angelegte Lissabon-Strategie hat zum Ziel, dass die Europäische Union zum stärksten Wirtschaftsraum wird. Seitdem findet alljährlich in Form sogenannter Frühjahrsgipfel unter Teilnahme der Staats- und Regierungschefs eine Bewertung und Anpassung der Strategie statt. 2005 erfolgte im Rahmen der Halbzeitbewertung eine Strategieergänzung mit dem Titel „Wachstum und Beschäftigung“. Innovationsförderung – seit Beginn der Lissabon-Strategie von Relevanz – erfuhr im Rahmen der Anpassung der Strategie 2005 einen Bedeutungszuwachs und wird in dem zentralen Themenfeld „Wissen und Innovation“ ausformuliert (Kom-

mission 2006a: 2). Innovation ist in der Wirtschaftsförderung der Europäischen Union en vogue und das Jahr 2009 soll zum Jahr der Innovation und Kreativität erklärt werden (IP/08/482).

Vor diesem Hintergrund erfolgt nun eine Analyse des Strategiepapiers „Ein innovationsfreundliches, modernes Europa“, welches in Vorbereitung des Frühjahrsgipfels 2007 in Lathi (Finnland) erarbeitet wurde und ein wichtiges Dokument der aktuellen EU-Innovationsförderung darstellt (Kommission 2006a). Das Strategiepapier legt dabei den Fokus auf Schwerpunkte der Innovationsförderung in Europa, „die bei entschiedener Unterstützung durch die Staats- und Regierungschefs [...] erhebliche Wirkung zeigen könnten“ (Kommission 2006a: 2). Die Überlegungen ordnen sich entlang eines linearen Aufbaus: Die Empfehlungen zur Stärkung des Innovationspotenzials in Europa knüpfen direkt an der Analyse der Ausgangssituation und dem skizzierten Handlungsbedarf in Europa an.

Was in Europa im Rahmen von Innovation und Förderung aufgegriffen werden soll, entspringt einer sehr deutlichen Indifferenzsetzung mit dem Ausland. Dabei spielt „das Ausland“ in zweierlei Weise eine Rolle. Zum einen wird – in der Metapher eines Wettlaufes – der Blick nach vorne gerichtet und festgestellt, dass die Europäische Union hinter den Hauptkonkurrenten USA und Japan zurückbleibt. Der Blick über die Schulter führt darüber hinaus zu der bedrohlichen Erkenntnis, dass andere Industrieländer aufholen (Kommission 2006a: 2). Dabei bleibt zunächst unklar, anhand welcher konkreten Indikatoren das „Zurückbleiben“ bzw. „Aufholen“ beobachtet wird. Die Abhandlungen über Voraussetzungen für Innovation in der Europäischen Union erfolgen dann konsequenterweise in Differenz zu den USA und Japan. Folgende innovationsrelevante Themenschwerpunkte werden genannt:

Bildung

So wird als eine Voraussetzung für Innovation eine gute berufliche Bildung festgehalten: „[D]er durchschnittliche Ausbildungsstand bei Erwachsenen ist in der EU deutlich geringer als in anderen Industrieländern“ (Kommission 2006a: 3). Die Referenz „andere Industrieländer“ beschränkt sich dabei auf statistische Kennzahlen aus den USA und Japan. In gleicher Indifferenzsetzung werden die Investitionen in das höhere Bildungswesen und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen abgehandelt. In den USA und Japan vollziehe sich Innovation als „Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft“ (Kommission 2006a: 3).

Forschung und Entwicklung (F&E)

In dem Bericht wird festgehalten, dass in Europa die Ausgaben für F&E geringer als in anderen Industrieländern ausfallen (Kommission 2006a: 3). 2010 werden in der Europäischen Union die Ausgaben für F&E voraussichtlich von derzeitigen 1,9% des BIP auf dann 2,6% ansteigen. Dies liege aber unterhalb des angestrebten Wertes von 3% (2% des privaten und 1% des öffentlichen Sektors). Daher müsse die Europäische Union für F&E an Attraktivität gewinnen.

Rahmenbedingungen

Nicht zuletzt die unzufrieden stellenden Ausgaben für F&E werden auf „ungünstige Rahmenbedingungen“ des privaten Sektors zurückgeführt. Die Dynamik der Wirtschaft würde durch eine Vielzahl von Hindernissen eingeschränkt, „wie Zugangsschranken auf speziellen Märkten, Knappheit an Risikokapital und Lücken in unserem Rechtssystem [...]“ (Kommission 2006a: 4).

Aus diesen Hintergründen werden in dem Bericht der Kommission verschiedene Handlungsmöglichkeiten abgeleitet. So wird mit dem Titel „Gemeinsame Technologieinitiativen“ eine verbesserte Kooperation zwischen Schlüsselbranchen – wie z.B. Nanoelektronik, Wasserstoff- und Brennstoffzellen, Luftfahrt und Luftverkehr – der europäischen Industrie und dem öffentlichen Sektor empfohlen. Indem diesbezüglich eine bessere Abstimmung der vielfältigen bestehenden Innovationsförderprogramme gefordert wird, gerät Förderung selbst zum Gegenstand von Förderung. Darüber hinaus sollte – das Konzept der „Triple Helix“ aufgreifend – eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen angestrebt werden. Regionale Cluster sollten gestärkt werden (Europäische Kommission 2006a: 5). Die Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen beziehen sich u. a. auf den Integrationsgrad des Binnenmarktes (Hindernisse müssten weiter abgebaut werden), den Zugang zu Risikokapital und den Schutz geistigen Eigentums. In diesem Zusammenhang wird eine Simplifizierung des Patentanmeldeverfahrens empfohlen.

3.2 Greifbare Innovationsförderung und raumbezogene Konsequenz

Die skizzierten Empfehlungen zur Aufladung der Innovationsförderung der Europäischen Union sind nicht überraschend. Sie knüpfen direkt an andere Strategiepapiere an (z. B. Kommission 2006b und 2006c) und stehen im Zusammenhang mit wissenschaftlichen Studien, Expertenmeinungen und Evaluationen (z. B. Fleischhauer 2007; Stracke 2006; Koschatzky 2001) bisheriger Innovationsförderung. Auch wenn sich die vorangegangenen Ausführungen „nur“ auf Inhalte eines Strategiepapiers beziehen und es sich somit um *einen* Mosaikstein im politischen Aushandlungsprozess zur Ausgestaltung und Umsetzung der Förderprogramme (wie z. B. INTERREG IV B) handelt, so wird dennoch Folgendes deutlich:

Das Strategiepapier ist als Angebot zu verstehen, entlang weniger und konsequenter Entscheidungen die Vielschichtigkeit und Komplexität des Phänomens Innovation einzuschränken. Zu diesen konsequenten Differenzierungen im Kontext von Innovation und Förderung gehört, die Europäische Union als einen Wirtschaftsraum zu begreifen und in Differenz zu den USA und Japan anhand ausgewählter Kennzahlen wie Patentanmeldungen, Ausgaben in Forschung und Entwicklung und Bildungsstand der Erwachsenen abzubilden.

Lässt man sich auf diese angebotenen Kontingenzeinschränkungen ein, so wird Innovation auf bestimmte Art und Weise beobachtbar, darstellbar, greifbar und planbar. Die Anzahl angemeldeter Patente lässt sich durch ein günstigeres Anmeldeverfahren erhöhen, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung können anhand neuer Anreizmodelle und einer Umschichtung öffentlicher Haushalte gesteigert werden und weitere Grundsteine für Technologiezentren lassen sich legen. Die direkte Beeinflussung dieser vorher festgelegten Differenzierung von Innovation kann dann als Erfolg politischer Entscheidungen abgebildet werden. Aber nicht nur das.

Die Förderprogrammlogik zieht darüber hinaus nach sich, dass die Kopplung zwischen Innovation und Raum oder Innovation im Raum in Kommunikation an Relevanz gewinnt. Dies entspringt der Tatsache, dass die semantischen Aufladungen von Innovation und Förderung immer an die Differenzierung Europäische Union/Nicht-Europäische Union anschließen, also auf den Wirtschaftsraum der Europäischen Union projiziert werden. Wenn also – wie oben festgestellt – Förderprogramme bewirken, dass Innovation sichtbar wird, dann wird diese Innovation raumbezogen sichtbar – bzw.

raumbezogen darstellbar. Denn mit Hilfe rückwärtsgerandter² Innovationsförderlogik ist kommunizierbar, dass sich durch eine Zunahme von Patentanmeldungen und Ausgaben in Forschung und Entwicklung die Innovationskraft im Wirtschaftsraum der Europäischen Union verbessere.

In welchem Maße Innovation und Raum als Konsequenz von Förderprogrammen als raumbezogene Semantik transportiert wird und sich verstetigt, ist schwer einkreisbar und hängt auch davon ab, mit welchem Finanzvolumen und in welchem Zeitraum die Förderung realisiert wird. Nicht unterschätzt werden darf allerdings, dass die Sinnzusammenhänge der Förderprogramme nicht nur im politischen Kontext kommunikativ verwendet werden, sondern sich im Rahmen der vielen Schritte der Programmumsetzungen reproduzieren und verstetigen. Eine Partizipation an den Fördermitteln setzt ja eine Akzeptanz der vorgeschlagenen Komplexitätsreduktion voraus. Und dies hat zur Konsequenz, dass im Rahmen von Förderanträgen, Fördermittelbescheiden und einhergehendem Berichtswesen und vielfältigen Veröffentlichungen die Förderprogrammlogik aufgegriffen und somit kommunikativ vervielfältigt wird. Diesem Mechanismus liegt zugrunde, dass sich innerhalb der partizipierenden Organisationen die Entscheidungsprogramme – nicht nur, aber auch – an den Inhalten der Förderprogramme orientieren. Im Kontext der Förderprogrammumsetzung wird organisationsübergreifend vielfältig mitgeteilt werden, wie Innovation im Wirtschaftsraum der Europäischen Gemeinschaft im Speziellen und im Allgemeinen zugenommen hat.

4 Resümierendes

Vor dem Hintergrund des Wissens über Unwissenheit und Komplexität erscheinen zunächst die im Rahmen der Innovationsförderung der Europäischen Union vorgestellten Komplexitätsreduktionen als zu einfach. Offen und intransparent bleibt zum Beispiel der Aspekt der Referenz. Wieso werden die USA und Japan als abstrakte Vergleichsgrößen herangezogen und nach welchen Beobachtungsschemata werden sie beobachtet? Die Frage, anhand welcher selektiver Information in einem ersten Schritt der amerikanische und japanische Wirtschaftsraum beobachtet und abgebildet wurde, um in einem zweiten Schritt Bestimmtes im sogenannten Wirtschaftsraum der Europäischen Union in den Fokus nehmen zu können, ist nicht trivial und sehr vielfältig möglich. Davon hängt dann aber entscheidend der Grad des Handlungsbedarfs und der Fördermöglichkeiten ab. Und überhaupt – könnte noch grundsätzlicher gefragt werden – ist es noch zeitgemäß, Förderprogramme entlang einer klaren Vorstellung von Pathologie und Exzellenz zu konzipieren (Willke 1997)? Müsste nicht viel stärker im Rückgriff auf systemische Beratungs- und Managementmethoden die Unplanbarkeit förderkonzeptionell Berücksichtigung finden³? Daraus ließen sich die Forderungen ableiten, Reframing⁴, Zirkuläres Fragen, Feedback und Reflexion einen neuen Stellenwert einzuräumen und mit Hypothesen und Wirklichkeitskonstruktionen anders umzugehen, sodass Unentscheidbarkeit und das So-Oder-Auch-Anders-Mögliche stärkere Berücksichtigung erfahren. Bei näherer Betrachtung der Förderprogrammgestaltung scheinen folglich die Vorschlä-

² Rückwärtsgerandte Innovationsförderlogik meint in diesem Zusammenhang, dass von einem konkreten Handlungsziel (z. B. Verbesserung des Patentanmeldeverfahrens) auf eine Veränderung des Leitziels (hier: Innovationskraftverbesserung in der EU) rückgefolgt wird.

³ Zu Konzepten systemischer Beratung und Management vgl. z. B. v. Schlippe/Schweitzer (2007); Simon (2005).

⁴ Reframing stellt im Rahmen systemischen Managements ein Verfahren dar, in dem es darum geht, einer Information eine andere Bedeutung zu geben, indem sie in einen anderen Rahmen (engl. frame) gestellt wird. Von Schlippe/Schweitzer (2007: 177) heben mit Verweis auf Bateson hervor, dass „die Bedeutung einer Information von Kontextmarkierungen abhängt – Kennzeichen, die zeigen, wie eine Aussage zu verstehen ist“. Wenn beispielsweise ein Wirtschaftspolitiker eine langjährige verheimlichte Beratungstätigkeit eingesteht, erscheint die Vergangenheit rückwirkend in einem anderen Lichte.

ge zu Innovation und Förderung in Anlehnung an das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ von Hans Christian Andersen leicht zu entblößen. Ist es also nicht ein Leichtes, die vorgeschlagenen einschränkenden Entscheidungen kritisch zu hinterfragen und die Bauklötzchen zum Wackeln zu bringen?

Ich denke: Nein. Grundsätzlich setzen politische Förderprogramme – genau wie Management und Planung – immer eine Bauklötzchenwelt voraus und indem sie dies tun, stabilisieren sie selbige. Die Einschränkung von Beliebigkeit bleibt die Voraussetzung eines jeden Förderprogramms, einer jeden Operativität. Nur so wird ein Phänomen wie Innovation greifbar und planbar und politische Erfolge auch raumbezogen darstellbar. Wissenschaft hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, konkrete Sinnaufladungen zu überprüfen, zu revidieren und zu ergänzen, z.B. anhand systemischer Konzeptionen. Denn in dieser Bauklötzchenwelt – und dies ist ein versöhnliches Ende – haben wissenschaftliche Erkenntnisse in der Funktion, Unsicherheit seitens der Förderprogrammstrategen zu absorbieren, ihren festen Bestandteil.

Literatur

- Baecker, D. (2005): Einleitung. In: Baecker, D. (Hrsg.): Schlüsselwerke der Systemtheorie. Wiesbaden, S. 9-20.
- Bateson, G. (1981): Ökologie des Geistes. Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven. Frankfurt am Main.
- Fleischhauer, T. (2007): Die Evaluation von Innovationsförderung: Ein alternatives Konzept am Beispiel der EU-Strukturfonds. Berlin.
- IP/08/482 Pressemitteilung der Europäischen Kommission (2008): Das Jahr 2009 soll das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation werden, schlägt die EU-Kommission vor. – www.europa.eu (Zugriff am 19.05.2008)
- Kiese, M. (2006): Singapurs Weg in die Wissensökonomie. Die Bedeutung wissensintensiver Unternehmensdienstleistungen im nationalen Innovationssystem. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 50. Jg., H. 1, S. 17-30.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2006a): Ein innovationsfreundliches, modernes Europa. Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat. – www.europa.eu (Zugriff am 18.05.2008)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2006b): Kenntnisse in die Praxis umsetzen: Eine breit angelegte Innovationsstrategie für die EU. Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. – www.europa.eu (Zugriff am 18.05.2008)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2006c): Analytical Report. 2006 Innobarometer on cluster's role in facilitating innovation in europe. – www.europa.eu (Zugriff am 29.10.2008)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2005): Zusammenarbeit für Wachstum und Beschäftigung. Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008). Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. – www.europa.eu (Zugriff am 18.05.2008)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2003): Innovationspolitik: Anpassung des Ansatzes der Union im Rahmen der Lissabon-Strategie. – www.europa.eu (Zugriff am 24.07.2008)
- Koschatzky, K. (2001): Räumliche Aspekte im Innovationsprozess. Ein Beitrag zur neuen Wirtschaftsgeographie aus Sicht der regionalen Innovationsforschung. Münster. = Wirtschaftsgeographie, Bd. 19.
- Luhmann, N. (1988): Organisation. In: Küpper, W.; Ortman, G. (Hrsg.): Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen. Opladen, S. 165-185.
- Luhmann, N. (2004): Einführung in die Systemtheorie. Heidelberg.
- Luhmann, N. (2006): Organisation und Entscheidung. Heidelberg.
- Martens, W.; Ortman, G. (2006): Organisationen in Luhmanns Systemtheorie. In: Kieser, A.; Ebers, M. (Hrsg.): Organisationstheorien. Stuttgart, S. 427-461.
- Schmidt, S. J. (Hrsg.) (1993): Heinz v. Foerster. Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke. Frankfurt am Main.

■ EU-Innovationspolitik

- Simon, F. B. (2005): „Radikale“ Marktwirtschaft. Grundlagen des systemischen Managements. Heidelberg.
- Stracke, S. (2006): Innovationsverflechtungen zwischen lokaler Einbettung und globalen Wertschöpfungsketten. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie. 50. Jg., H. 1, S. 44-57.
- v. Schlippe, A.; Schweitzer, J. (2007): Lehrbuch der systemischen Therapie und Beratung. Göttingen.
- Willke, H. (1997): Supervision des Staates. Frankfurt am Main.
- Ziegler, J. N. (1999): Technologiepolitik. Innovationsstrategien in Deutschland und Frankreich. Frankfurt, New York. = Frankfurter Beiträge zu Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 1.